

Gillies' Zeitung

Erheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Herausgabe: Greberova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Untenstehende werden in der Herausgabe gegen Bezahlung billiger Gebühren entgegengenommen
Bezugspreise: Für das Inland vierjährig Din 10.—, halbjährig Din 20.—, ganzjährig Din 40.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern Din —.50

Nummer 52

Donnerstag den 29. Juni 1922

|| 4. [47.] Jahrgang

Das deutsche Vereinshaus in Ptuj.

Das in Ljubljana erscheinende jung-demokratische Tagblatt *Zutro* bringt in seiner Nummer vom 13. Juni I. J. über die diesjährige Hauptversammlung des Pettauver Vereines „Deutsches Vereinshaus“ einen Bericht, der die Öffentlichkeit dahin unterrichten soll, daß dessen Tätigkeit eine staatsfeindliche sei, und in welchem die Verwaltungsbehörde aufgesfordert wird, einem solchen Treiben ein Ziel zu setzen.

Der Verein sieht sich genötigt, diesem tendenziös geführten Berichte entgegenzutreten und über die diesjährige Hauptversammlung vom 1. Juni und über die Geschichte des Vereines seit dem Umsturzjahre der Öffentlichkeit eine wahrheitsgetreue Darstellung zu geben.

Der Verein „Deutsches Vereinshaus“, der seit dem Jahre 1893 besteht, besitzt eine wertvolle Realität mit Saalräumlichkeiten und einer Gasthauskonzeßion. Dieses Vereinshaus dient statutenmäßig in erster Linie den Deutschen der Stadt Ptuj und Umgebung zur Förderung der Geselligkeit, wissenschaftlicher und künstlerischer Bestrebungen. Als Mitglied kann jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechtes aufgenommen werden. Die Tätigkeit des Vereines ist rein wirtschaftlich und auf Erhaltung und möglichst günstige Vermietung der Vereinshauslokalitäten gerichtet. Der Verein selbst gibt keinerlei Veranstaltungen, sondern hält seine Räume anderen Korporationen zu den vorerwähnten Zwecken gegen eine vom Ausschuß jeweilig festzusehrende Miete zur Verfügung, während die Gasthausräume und die Konzeßion verpachtet sind. Infolge der durch den Umsturz geänderten Verhältnisse werden die Saalräume seither von der slowenischen Bevölkerung viel häufiger in Anspruch genommen als dies früher der Fall war. Diesem Umstande ist stets Rechnung getragen worden, so daß auch nicht in einem einzigen Falle eine Vergebung des Saales verweigert worden wäre. Der Wirtschafter, an den im Jahre 1919 die Konzeßion und das Gasthaus verpachtet wurden, ist ein Slowene.

Ungeachtet alles dessen wurde das Vereinsvermögen im Jahre 1919 unter Berufung auf die Bestimmungen für die Sequesteration und Liquidation des Vermögens feindlicher Untertanen unter besondere Aufsicht und Sequesteration gestellt. Die dagegen vom Vereine erhobenen Einwendungen, daß nämlich die Vereinsmitglieder ausnahmslos Staatsbürger unseres Königreiches seien und der Verein, der statutenmäßig seinen Sitz in Ptuj hat, ein inländischer sei, blieben unberücksichtigt. Im Februar I. J. begab sich eine Deputation des Vereines zum Herrn Statthalter nach Ljubljana und erneuerte das Gesuch um Aufhebung der Sequesteration, die gescheitert von der früheren Landesregierung verfügt worden ist. Sie legte dem Herrn Statthalter eine Denkschrift vor, in der die Entwicklungsgeschichte des Vereines und dessen lediglich auf wirtschaftlicher Grundlage fußenden Zwecke dargestellt wurden.

Eine Erledigung dieses neuerlichen Ansuchens ist dem Vereine bis heute noch nicht zugekommen. Wohl aber erhielt der Verein am 27. Mai I. J. eine Aufforderung der Bezirkshauptmannschaft Ptuj, in der eine Änderung der Statuten in den §§ 1, 3 und 12 verlangt wird. Zu diesem Zwecke sei bis längstens 5. Juni eine Hauptversammlung einzuberufen, in der die Statuten dahin zu ändern seien, daß sich alle Kreise der städtischen Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität um den Verein sammeln könnten. Im Schlusszettel dieser Zuschrift wird noch der Aufruf erteilt, daß hiebei im Einvernehmen mit dem Sequester vorzugehen sei.

Der Vereinsausschuß hatte auf das hin für den 1. Juni eine Hauptversammlung einberufen und als 5. Punkt der Tagesordnung die Änderung der Statuten angezeigt.

Zu der überaus zahlreich besuchten Hauptversammlung (es waren mehr als zwei Drittel sämtlicher Vereinsmitglieder erschienen, so daß die für die Beschlusssfassung über die Statutenänderung erforderliche qualifizierte Mehrheit vorhanden war) erschien auch der Sequester Dr. Salamun. Dieser ergriff sofort nach der Eröffnung der Versammlung das Wort und brachte vor, daß die Bezirkshauptmannschaft an die Vereinsleitung die Aufforderung gerichtet habe, auf die Tagesordnung auch die Statutenänderung zu setzen; er sei von der Tagesordnung nicht benachrichtigt worden, sondern lediglich von der Tatsache, daß die Hauptversammlung am 1. Juni stattfinde. Er verlangte die Feststellung dieser Tatsache sowie die Feststellung, ob die Hauptversammlung für die Statutenänderung beschlußfähig sei. Mit der Mitteilung und den Ausklärungen des Vorsitzenden, daß die Versammlung der Behörde unter Bekanntgabe der Tagesordnung angemeldet worden sei und daß die Feststellung des Vorhabenseins der für die Beschlusssfassung über die Statutenänderung erforderlichen Zweidrittelmehrheit sämtlicher Vereinsmitglieder erst bei Beratung des diesbezüglichen Punktes der Tagesordnung erfolgen solle, gab sich der Sequester zufrieden.

Nach Erledigung der ersten 4 Punkte der Tagesordnung konstatierte demnach der Vorsitzende der Versammlung, Obmann Dr. Fichtenau, die Anwesenheit von mehr als zwei Dritteln aller Mitglieder, so daß also die Verhandlung dieses Punktes der Tagesordnung möglich war. Er berichtete über die eingangs erwähnte Zuschrift der Bezirkshauptmannschaft, derzu folge im wesentlichen die Bestimmungen des § 1, daß nämlich das Vereinshaus als Mittelpunkt der Deutschen der Stadt Ptuj und Umgebung die Förderung der Bestrebungen derselben in geselliger, wissenschaftlicher und künstlerischer Beziehung zum Zwecke haben soll, des § 3, daß sich um die Aufnahme jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechtes bewerben könne und des § 12, daß im Falle der Auflösung des Vereines dessen Vermögen, und insbesondere das Vereinshaus, der Stadtgemeinde zufallen, die dieses ausschließlich für die im § 1 erwähnten Zwecke für immer zu erhalten habe, geändert werden sollen. Der Ausschuß habe schon seit Beginn dieses Jahres an einer Änderung

der Statuten gearbeitet, weil ihm damals von Seiten des Herrn Bezirkshauptmannes nahe gelegt worden sei, eine Statutenänderung durchzuführen, und sei hiebei bestrebt gewesen, den Wortlaut der Statuten so zu formen, daß jene Stellen, welche einen ausgesprochen nationalen Charakter erkennen lassen könnten, ausfallen. Insbesondere soll der Name des Vereines nicht mehr „Deutsches Vereinshaus“, sondern einfach nur „Vereinshaus“ lauten und in den Statuten zum Ausdruck gebracht werden, daß die Vereinsräumlichkeiten allen Bevölkerungsschichten und Korporationen ohne jede nationale Unterscheidung zur Verfügung stehen sollen. Die Vereinsmitgliedschaft soll jedoch nur Angehörigen deutschen Stammes ermöglicht werden, weil dieses Recht sowohl verfassungsmäßig als durch die Minderheitenschutzverträge den nationalen Minderheiten in unserem Königreiche zugebilligt ist und damit auch den Intentionen der seinerzeitigen Gründer des Vereines entsprochen wird. Daraufhin verlas der Vorsitzende den Entwurf der abgeänderten Statuten und Herr Fürthner stellte den Antrag, den vom Ausschuß ausgearbeiteten Satzungsentwurf unverändert anzunehmen.

Vor der Abstimmung ergriff der Sequester das Wort und führte in slowenischer Sprache aus, daß es in der Aufforderung der Bezirkshauptmannschaft heiße, daß bei der Satzungänderung einverständlich mit ihm vorzugehen sei, er sei jedoch über die geplante Satzungänderung nicht in Kenntnis gesetzt worden. Seine Stellung sei nicht nur die eines Sequesters, sondern er sei unmittelbar vom Minister in Belgrad zum Staatskommissär ernannt worden. Er könnte in dieser seiner Eigenschaft eine die Vereinstätigkeit vollkommen einschränkende Amtstätigkeit entfalten, habe dies jedoch nicht getan.

Der Vorsitzende erwiderte hierauf dem Sequester, daß für den Verein lediglich der Sequesterentscheid der früheren Landesregierung in Ljubljana aus dem Jahre 1919 maßgebend sei, wonach das Vermögen des Vereines unter Sequester gestellt wurde, eine andere Verfügung sei dem Vereine nicht zugelassen. Die durch das Vereinsgesetz geregelte Vereinstätigkeit sei durch diesen Bescheid in keiner Weise berührt, und da zu einer Statutenänderung satzungsmäßig lediglich die Vereinsversammlung berufen sei, könne in der Unterlassung einer Buzierung des Sequesters zu den diesbezüglichen Vorarbeiten keine Verleugnung einer geltenden Vorschrift erblickt werden.

Machdem der Sequester der Versammlung nochmals empfohlen hatte, eine Statutenänderung in dem Sinne vorzunehmen, daß der Zutritt zum Vereine allen Schichten der städtischen Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität ermöglicht werde, daß eventuell die Hauptversammlung vertagt und ein diesbezüglicher Beschuß bei einer neuerlichen eigens zu diesem Zwecke einzuberufenden Hauptversammlung gefaßt werden möge, wurde, da seitens der Mitglieder kein Abänderungs- oder Vertagungsantrag gestellt wurde, zur namentlichen Abstimmung geschritten und der Ausschußantrag von sämtlichen

Versammlungsteilnehmern, die, wie erwähnt, mehr als zwei Drittel sämtlicher Vereinsmitglieder darstellten, einstimmig angenommen. Nach erfolgter Abstimmung erklärte der Sequester, daß er diese Satzungsänderung nicht zur Kenntnis nehme und gegen diese Aenderung protestiere.

Bemerkt sei, daß sich die Verhandlungen bei der Hauptversammlung in vollkommen parlamenterischen Formen abwickelten. Der eingangs erwähnte Artikel im Zutro will den Eindruck hervorrufen, als ob die Verhandlungen undiszipliniert geführt und durch Zwischenrufe gestört worden seien. Dass bei jeder Versammlung Zwischenrufe vorkommen, ist ein Ding der Selbstverständlichkeit, daß bei der Hauptverhandlung am 1. Juni 1. J. jedoch Zwischenrufe ertönt wären, die einen herausfordernden Charakter gehabt hätten, muß unbedingt in Abrede gestellt werden. Richtig ist, daß einem Großteil der Versammlungsteilnehmer die vom Sequester in slowenischer Sprache gebrachten Ausführungen nicht verständlich waren, da sie der slowenischen Sprache in zu geringem Maße mächtig sind, was einen älteren Versammlungsteilnehmer veranlaßte, an den Sequester das Ersuchen zu stellen, seine Ausführungen ins Deutsche zu übersetzen, welchem Ansuchen dieser teilweise auch entsprach. Da er jedoch später seine Ausführungen nicht mehr übersetzte, sah sich das Vereinsmitglied Herr Josef Fürst veranlaßt, in Form eines Antrages in höflichem Tone das Ansuchen zu stellen, daß zu späteren Versammlungen ein Dolmetsch zugezogen werde. Der Vorsitzende erklärte dem Antragsteller, daß es ihm anheimgestellt sei, selber einen Dolmetsch mitzubringen, im übrigen werde er selber als Versammlungsleiter der Versammlung als Dolmetsch dienen. Gegen diesen Antrag des Herrn Fürst protestierte der Sequester in erregten Worten, so daß einige ältere Versammlungsteilnehmer sich bemühten, ihn wieder zu beruhigen.

Nachdem noch einige Formalitäten erlebt wurden, schloß der Vorsitzende, Vereinsobmann Dr. Fichtenau, mit Dankesworten für das zahlreiche Erscheinen die Hauptversammlung, worauf sich die Versammlungsteilnehmer, nachdem bereits die ortsübliche Polizeistunde eingetreten war, ruhig aus dem Versammlungslokale entfernten.

Ob in der Tätigkeit des Vereines im allgemeinen und insbesondere in dem durch einheitlichen Beschluß der Vereinhauptversammlung am 1. Juni 1. J. zum Ausdruck gebrachten Willen des Vereines eine staatsfeindliche Haltung zu erblicken sei, wollen wir ruhig der Beurteilung der Öffentlichkeit und allenfalls auch der Behörden anheimstellen lassen. Der Verein ist von dem Bewußtsein seines verfassungsmäßigen Rechtes zu dem Vorgehen in der Versammlung ganz erfüllt und erblickt in dem Versuche einer Behinderung seiner Tätigkeit einen ungesetzlichen Eingriff in seine verfassungsmäßig ihm zustehende Rechtsphäre. Die in der Versammlung am 1. Juni 1. J. beschlossene Statutenänderung wurde der zuständigen Behörde vorgelegt und es dürfte wohl kein gesetzlicher Grund vorhanden sein, die Statutenänderung nicht auch zu genehmigen.

Es bleibe dahin gestellt, ob und inwieweit die Bezeichnung der Deutschen als Herrenvolk, welches Epitheton sich der Artikelschreiber des Zutro zu wiederholten Malen bedient, berechtigt ist oder nicht. Das eine nur sei hier gesagt, daß keine Nation in unserem Staate der anderen gegenüber den Herrn zum Ausdruck bringen darf, denn verfassungsmäßig gibt es nur eine Staatsbürgerschaft, der alle Staatsbürger ohne Unterschied der Nationalität oder des Glaubensbekenntnisses teilhaftig sind.

Die Frage der slowenischen Spitäler.

Wie wir in unserer letzten Nummer berichteten, haben die Aerzte und Verwalter der Ljubljanaer Spitäler eine dringende Bitte an das Ministerium für Volksgesundheit in Beograd gerichtet, in der um schnelle Hilfe für die Wohlfahrtsanstalten Sloweniens gebeten wird. Das Hauptorgan der slowenischen Volkspartei, der Ljubljanaer Slovenec, nimmt in seiner Nummer vom 24. Juni zu dieser Frage Stellung. Es wird das Handschreiben des Königs an den Ministerpräsidenten Pašić zitiert, in dem der edelmütige Monarch die Spende von einer Million und der jährlichen Beiträge von 300.000 Dinar ankündigte, also einen Fonds gründete, der zur Unterstützung von Wohlfahrts- und kulturellen Einrichtungen jeder Art dient und in dessen Verwendungssprogramm die ständige Sorge für die Gesundheit des Volkes einen hervorragenden Platz einnimmt. Daran knüpft das Ljubljanaer Blatt nachfolgende Betrachtungen.

„Kaum hatte der Ministerpräsident diesen Akt königlicher Wohlfahrtseinrichtung zur Kenntnis genommen, als sein Finanzminister erklärte, daß der Staat für die Erhaltung der öffentlichen Krankenhäuser in Slowenien kein Geld habe, und gegenüber der notwendigen Folge, daß diese ohne staatlichen Zuschuß überhaupt geschlossen werden müssten, unempfindlich blieb. Vorerst werden alle Kranken entlassen, die nicht gerade der dringendsten Hilfe bedürfen, und aufgenommen sollen nur die allerdringendsten Fälle werden; von da zur völligen Schließung ist nur noch ein Schritt. So verstehen die demokratischen und radikalen Minister in Jugoslawien königliche Botschaften.“

In Österreich mußten wir in politisch-nationaler Hinsicht auf Leben und Tod kämpfen, aber um staatliche Zuschüsse für bestehende Kultur- und Wohlfahrtseinrichtungen brauchte man niemals mit den Ministern zu streiten. Wenn auch die Anstalten, mögen sie kulturelle, mögen sie der Wohlfahrt dienende gewesen sein, Abgänge hatten, daraus machte die Zentralregierung niemals ein Aufheben; die Anstalten bekamen alles, was sie brauchten. Wenn im Wiener Parlamente ein Finanzminister irgend einem Spitäle die notwendige Dotierung versagt oder sich gar geweigert hätte, die Kosten für irgend eine medizinische Fakultät oder ein Institut zu decken, hätte ihn ein Sturm, herüber von den Deutschen bis zu den Ruthenen, weggeschlagen, so daß ihn kein Hund mehr angerochen hätte. Und wenn es den Slowenen unter Österreich gelungen wäre, eine Universität zu bekommen, würde auch der verbissenste deutsche Minister für Kultus und Unterricht keiner Fakultät die erforderlichen Mittel versagt haben, vorausgesetzt, daß sie gesetzlich bestand. Das österreichische Regime vor dem Kriege war alles, was ihr wollt, schmutzig war es nicht, wenn es sich um die anständige Erhaltung der bestehenden Schulen und Spitäler, ferner ähnlicher kultureller Einrichtungen handelte.“

Unter der autonomen Regierung des Krainer Landtages waren die Landesanstalten auf einer müsterhaften Höhe. Sie waren in ihrem Haushalte vollkommen gedeckt. Wenn die Landesregierung Kredite brauchte, hat ihr sie der Staat niemals vielleicht auf Kosten des Volksgeistes oder des Schulwesens geleistet. Eher sind andere Posten als diese gestrichen worden. Überhaupt war es nicht möglich zu glauben, daß in dieser Beziehung die Zentralregierung irgendwelche Schwierigkeiten hätte machen wollen. Es verstand sich von selbst, daß die Kranken aus öffentlichen Mitteln geheilt wurden, daß für die Volksgesundheit keine Kosten gescheut werden durften und daß bei diesen Zweigen der öffentlichen Obsorge nicht gespart werden durfte. Es war aber auch selbstverständlich, daß ohne Rücksicht auf fiskalische Bedenken jeder Fortschritt auf diesem Felde eingeschürt werden mußte und in dieser Hinsicht hinter keinem modernen Staat zurückgeblieben werden durfte. Hinsichtlich des Schulwesens war es aus national-politischen Gründen hier etwas schlechter, besonders was das Mittelschulwesen anbelangt, auf dem Gebiete der Hygiene und der Wohlfahrtsanstalten wurde auch in prophylaktischer Beziehung nicht geknautert. Wir schämen uns, aber wir müssen es niederschreiben, daß wir jetzt sogar auf diesem Felde weit unter dem seinerzeitigen Niveau stehen.“

Wir haben den Ausführungen des zitierten Blattes in sachlicher Beziehung nichts hinzuzufügen. Aber wir möchten mit den Vergleichen nicht einmal

in die Vergangenheit zurückgehen, weil ja die alte Monarchie ein Vorkriegsstaat war und die Begriffe, wie sie der Slovenec darstellt, durch den Krieg in den meisten europäischen Staaten an ihrer einstigen Selbstverständlichkeit eine beträchtliche Einbuße erlitten haben. Nein, blicken wir über die Grenzen in das neue Österreich hinüber, in dieses arme Überbleßeland. Dort wird kämpfhaft um den Bestand gerungen, die breitesten Schichten der Bevölkerung sind bettelarm geworden, mehr als einmal haben unsere „fortschrittenen“ Blätter mit offener Beleidigung auf diese Armut hingewiesen. Man baut drüber ab, aber an den Abbau der Spitäler hat noch kein Finanzkünstler gedacht. Die bestehen, musterhaft wie sie waren, der Bevölkerung zum Segen und auch — den Fremden. Wir aber leben, mit Deutschösterreich verglichen, in einem reichen Lande — .

Die Haager Konferenz.

Am 16. Juni hat also die Konferenz im Haag, die Verlegenheitskonferenz der Konferenz von Genua, begonnen. Was dort verrumpelt und mit Petroleum übergossen wurde, soll im Frieden spalaste zu Haag in einer Sachverständigenberatung nochmals in die Hände genommen werden. Man kann nicht sagen, daß sich Europa für diese Konferenz sonderlich interessierte. Vor Genua und in Genua gingen die Wogen der Hoffnung und der Neugierde hoch. Sie sind verebbt. Die Theatralik vorüber. Lloyd George und Poincaré machen sich in London freundliche Besuche, der faszinierende Bolschewik in bezauberndem Frack und Lackschuhen, aus alter russischer Adelsfamilie, mit Sowjetstern im Knopfloch, Tschitscherin, hinter dem das gigantische Rätsel Rußland steht, ist auf den Promenaden in Genua und in den eleganten Damensalons genug gesehen worden. Es regt nicht auf, daß er gegenwärtig in Berlin sitzt. Die Welt ist der ewigen Konferenzerei müde geworden. Man weiß es nachgerade, daß nichts oder wenig dabei herauskommt. Die Rededuellanten vertragen sich doch wieder. Solange wenigstens zwei Bretter weggeholt werden können, die vom Wirtschaftsboden Europas übriggeblieben sind. Besonders wenn sie einen anderen gehören.

Die Konferenz im Haag hat also ohne Interesse eingesetzt. Nicht einmal in England, wo die Initiative für die russische Frage geboren wurde, schert man sich sonderlich drum. Frankreich, das keinen Fingerbreit von den Wegen seiner Politik abgewichen ist und das die Haager Konferenz ebensowenig mag als es die von Genua möchte, ist es gelingen, sie zu einer Sachverständigenberatung herabzudrücken. Man weiß heute, daß Sachverständigenberatungen nicht mehr nötig sind, wo es im wesentlichen auf politische Entschlüsse ankommt. Wir lassen im nachfolgenden einen deutschen Politiker zu Worte kommen, da die russische Frage vor allem für die Zukunft des Deutschen Reiches von grösster Bedeutung ist. Universitätsprofessor Dr. O. Hötzsch, Mitglied des deutschen Reichstages, schreibt in einer der letzten Folgen der Wiener Neuen Freien Presse u. a. folgendes:

Politisch sind die Entschlüsse, die von beiden Seiten zu fassen sind, in den drei Hauptfragen, über die man sich in Genua nicht einigen konnte, in der Schuldenfrage, in der Kreditfrage, in der Sicherung des Privateigentums und des wirtschaftlichen Verkehrs für die Ausländer. Poincaré hat in einem Memorandum vom 1. Juni die Ansichten Frankreichs festgelegt. Dieses Schriftstück muß wie Hohn wirken mit seiner fortwährenden Wiederholung, daß ein methodisches, das heißt langsame Vorgehen nötig sei, daß man sich Zeit nehmen müsse, oder mit seinen Hinweis, daß Rußland durch die Tatkräft der Ausländer wirtschaftlich aufgebaut sei (wie groß ist wohl der Anteil der französischen industriellen Tatkräft dabei vor dem Kriege gewesen?) oder daß Rußland zum Wiederaufbau Kredite braucht (was kann Frankreich, das in erster Linie selbst Geld haben will, an Krediten für Rußland denn heute leisten?).

Für den Sowjetstandpunkt wird auch heute noch das letzte Memorandum vom 13. Mai gelten. Darin war ganz richtig hervorgehoben, daß die russische Frage rittlingslos verfahren wird, wenn sie, wie Frankreich will, von dem Interesse einer engeren Gruppe von Gläubigern aus betrachtet wird, und wenn man sich nicht entschließt, Rußland erhebliche Kredite zu gewähren. Die Sowjetdelegation hat aber, was die rechtlichen und wirtschaftlichen

Sicherheiten der Ausländer hinsichtlich ihrer Arbeit und ihres Geschäftes anbelangt, keine bestimmten Zusagen gewacht und damit Lloyd George sein Vorhaben in Genua ungemein erschwert. Bleibt sie auch im Haag dabei, so wird dort bestimmt überhaupt nichts herauskommen, obwohl England und obwohl (im Gegensatz zu seiner Haltung in Genua) auch Belgien wollen, daß etwas zustande kommt, daß man eine gewisse Grundlage für die gemeinsame Arbeit finde.

Unfraglich hängt die Sowjetdelegation von dem ab, was in Moskau vorgeht. Das Zentralexekutivkomitee hat sich mit großen sogenannten Reformen des Rechtes beschäftigt. Ob diese irgendwie ausreichen oder Gewähr für den Punkt bieten, auf den es ankommt, ist noch garnicht zu beurteilen. Aber wesentlicher als die Fortschritte der sogenannten „Nepo“, der neuen ökonomischen Politik, ist die Frage, die trotz aller Ablehnungen und gegenteiligen Beteuerungen der Sowjetdelegierten über dem Ganzen schwelt, die Frage, wie lange Lenin arbeitsunfähig bleiben wird oder ob er überhaupt heute noch aktionsfähig ist. Wie wird doch wieder einmal die große Bedeutung der Persönlichkeit in der Geschichte klar mit der Frage, ob Lenin seine Revisionpolitik im Bolschewismus weiter fortführen kann! Man sieht keinen ihm ebenbürtigen Nachfolger, der die gleiche Autorität hätte wie er, sondern man muß annehmen, daß, wenn er durch Tod oder lange Krankheit ausschiebe, ein Streit der Diadochen entbrennen würde mit allen schlimmen Folgen für Rußland. Etwas Authentisches über Lenin wissen wir auch nicht, aber Tatsache ist, daß er seit Monaten aktiv nicht hervorgetreten ist, nicht mit einer Rede oder in sonst einflußnehmender Weise an die Sowjetdelegation in Genua, obwohl die Zeit doch wahrhaftig für Rußland und insonderheit für die Bolschewiken voll großer Entscheidungen ist.

Deutschland ist an der Konferenz im Haag nicht beteiligt. Wir begrüßen das, denn wir haben gar keine Veranlassung, in diesen Kämpfen der beiden großen Prinzipien des Westens und des Ostens der erbetene Vermittler zu sein, auf dessen Rücken dann womöglich der Streit ausgezöglicht würde. Deutschland hat im Vertrag von Rapallo für seine Beziehungen die Grundlage gelegt. Dieser Vertrag wird jetzt in weiteren Verhandlungen mit der Sowjetukraine und Sowjetgeorgien ausgearbeitet. Er bedarf noch der Ratifikation des deutschen Reichstages und er bedarf überhaupt der Auffüllung des Rahmens, den er für die deutsch-russischen Beziehungen zunächst einmal im negativen Sinne zieht.

Das alles ist jetzt in Arbeit, Tschechoslowakia hält sich in Berlin auf, und das interessiert uns, soweit der Osten in Frage kommt, erheblich mehr als die Verhandlungen im Haag. Wir sind davon überzeugt, daß die englische Politik, die heute noch der ausschlaggebenden amerikanischen Unterstützung entbehrt, dem ernstlichen Sabotagewillen Frankreichs nicht mit Entschlossenheit und Tatkräft entgegentreten wird, so sehr man in England selbst eine Verständigung über die russische Frage wünscht. Schon sind, während allerdings der schwedische Reichstag das lange vorbereitete Abkommen mit Sowjetrußland abgelehnt hat, russische Abkommen mit Italien und der Tschechoslowakei fertig geworden, die in der Richtung des Vertrages von Rapallo gehen, und vielleicht wird England, wenn die Haager Konferenz wieder zu nichts führt, denselben Weg des Sonderabkommens beschreiten, gegen den es in Genua, als Deutschland das tat, mit so viel Entrüstung Einspruch erhoben hat.

Politische Rundschau.

Inland.

Krisengefahr infolge Rücktrittes des Innenministers.

Wie aus Beograd gemeldet wird, wurde die Demission des Innenministers Dr. Marinković auch im demokratischen Klub angenommen, da der Minister auch nach dem Empfang eines Briefes vom Obmann des demokratischen Klubs Ljuba Davidović auf seinen Rücktrittabsichten beharrte. Nach den im Klub entstandenen Kombinationen wird vielleicht Žika Rašajlović das Portefeuille des Innenministeriums übernehmen. In parlamentarischen Kreisen wird davon gesprochen, daß die Besiegung des Innenministerpostens die Gefahr einer Regierungskrise herausbeschworen hat, da die Demission im kritischsten Zeitpunkte erfolgt sei. Man befürchtet sogar, daß Dr. Marinković in das Lager der radikalen Partei übergehen werde. Auf derselben Sitzung des demo-

kristischen Klubs kam die große Unzufriedenheit der Abgeordneten mit der Finanzpolitik des Finanzministers zum Ausdruck. Dr. Kumanović meldete darauf seinen Rücktritt an, zog ihn aber auf das Zureden einiger Abgeordneten wieder zurück. Die Beograder Pravda schreibt, daß die Radikalen das Innenministerium für sich reklamieren werden.

Beginn der Budgetdebatte im Parlament.

Gestern begann in der Skupština die Generaldebatte über das Budget, welche Finanzminister Dr. Kumanović mit einem Exposé einleitete, in welchem er auch die Anleihefrage besprach. Die Budgetdebatte dürfte wahrscheinlich weniger scharf verlaufen, als man annimmt. Auch die Opposition ist für eine rasche Erledigung des Budgets, so daß die Debatte wahrscheinlich nicht lange dauern wird. Nach der Budgetdebatte soll, wie die Minister einer Deputation der Beamtenvereine versprochen, sofort der Beamtengezehntwurf das Parlament passieren.

Das Wahlrecht der nationalen Minderheiten.

Das serbisch-radikale Organ Basta in Neusatz schreibt: „Die nichtslawischen Blätter der Woiwodina schlugen Alarm, da sie die Nachricht erhielten, daß die Regierung und das Parlament den nichtslawischen Minderheiten der Woiwodina das aktive und passive Wahlrecht entziehen wollen. Woher die nichtslawische Presse diese Nachricht bekam, ist nicht bekannt. In unserer (serbischen) Presse sind derartige Nachrichten in dieser Form überhaupt noch nicht aufgetaucht und die unnötige Besürftung unserer nichtslawischen Mitbürger beruht auf falschen Informationen. Unsere Verfassung kennt keine Unterschiede weder der Konfession, noch der Nationalität, noch dem Stande nach. Das Prinzip der Gleichheit und Gleichberechtigung wird auf jeden Fall auch in das neue Wahlgesetz eingeführt und unsere nichtslawischen Mitbürger werden dasselbe Wahlrecht besitzen, wie alle anderen Staatsbürger. Die nationalen Minderheiten werden bei uns nicht so angesehen, als daß man ihnen das Wahlrecht entziehen müßte, aber man erwartet von ihnen, daß sie loyal sind und daß sie in Erfüllung ihrer Pflichten und in ihrer Liebe zum Staat der slawischen Mehrheit nicht nachstehen werden.“ Daß aber die Geschichte nicht so ganz aus der Lust gegriffen war, wie sie jetzt nach Annahme des Wahlgesetzes, in dem in der Tat der bezügliche Zusatz nicht vorkommt, das radikale Blatt hinstellen möchte, beweist folgender Nachtrag: „Dank der zu aggressiven Haltung einiger nichtslawischer Agitatoren, die Missverständnisse und einen unnötigen Nationalitätskampf hervorruften wollten, fanden es die Republikaner und Landwirte für notwendig, den Staat für jetzt vor einem solchen Kampfe zu bewahren und verlangten, daß in der dritten Lesung ein Zusatz eingebracht werde, wonach den Nichtslawen provisorisch bis zum Ablaufe der Option (!!) die Teilnahme an den Wahlen untersagt werde. Die Radikalen aus der Woiwodina waren entschieden gegen eine solche Bestimmung und verlangten, daß Wahlgesetz sollte im Geiste der Verfassung gehalten werden und niemandem das Wahlrecht entziehen.“

Ausland.

Die Ermordung des deutschen Außenministers Dr. Rathenau.

Aus Berlin wird gemeldet: Als heute (24. Juni) Minister Dr. Walter Rathenau in seinem Auto gegen das Außenministerium fuhr, kam ihm ein anderer Kraftwagen entgegen, stieß an den des Ministers an und zwang ihn so, stehen zu bleiben. In dem Wirrwarr, der dadurch entstand, zog einer von den drei elegant gekleideten Herren im fremden Auto eine Militärrepertierpistole und gab nacheinander sechs Schüsse auf dem Minister ab. In Hals, Kopf und Brust getroffen, sank der Außenminister auf seinem Sitz zusammen. In der allgemeinen Panik gelang es den Mörfern in ihrem Auto ohne Spur zu verschwinden. In der Stadt und im Parlament hat das Bekanntwerden der Mordtat ungewöhnliche Aufregung hervorgerufen. Der deutsch-nationale Abgeordnete Helferich hatte vor einigen Tagen eine scharfe Rede gegen die Regierung gehalten, in der er dem Außenminister Rathenau vorwarf, dieser hätte über die Zustände im Saargebiet zu milde und farblos gesprochen. Denn dort herrsche nicht nur Misströmung, wie Rathenau gesagt habe, sondern in der Bevölkerung seien Erbitterung und Empörung, Hass und Wut entstanden. Es sei ein herzerreißendes und himmelschreiendes Bild, wie ein Teil des deutschen Volkes sich verraten und im

wahrsten Sinne des Wortes verkauft fühle. Es ist natürlich, daß nun auf diesem Vorstoß Helferichs zurückgegriffen und dessen Gesinnungsfreunden die Schuld an der Ermordung des Außenministers aufgebürdet wird. Dr. Walter Rathenau hat sich während des Krieges als Schriftsteller, Politiker, Großkapitalist und Abschließer des Wiesbadener Reparationsabkommen einen Namen gemacht. Deutschland kannte seit Napoleons Zeiten keine politischen Attentate mehr. Voriges Jahr ist Erzberger gefallen, in diesen Tagen Rathenau. Man geht nicht irre, wenn man die Ursache dieser Mordeaten in der tiefgehenden politischen Unzufriedenheit nach dem Kriege sucht, nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen Ländern, denn in England ist fast zu gleicher Zeit der Feldmarschall Wilson Leuten zum Opfer gefallen, die sich für Nächster halten.

Prügelzonen im Prager Parlamente.

Im Prager Abgeordnetenhaus kam es dieser Tage zu wütigen Raufzügen zwischen den deutschen und tschechischen Abgeordneten. Die tschechische Regierung hatte nämlich in einer Form, die allen parlamentarischen Gebräuchen widerspricht, ganz plötzlich eine im geheimen vorbereitete Vorlage über die Verstaatlichung einer der wichtigsten, das rein deutsche Sprachgebiet durchziehenden Privatbahnen, der Cossig-Leplitzer Bahn, vor das Parlament gebracht. Die deutschen Abgeordneten sollten öffentlich überrumpelt und durch diese parlamentarische Vergewaltigung ein Erfolg erzielt werden, obwohl den Deutschen vor zwei Jahren das klare Versprechen gegeben worden war, nicht ohne vorherige ernsthafte Verhandlungen mit ihnen in die Beratung der Verstaatlichungsfrage einzutreten. Schon die Schuldebatte, die in der selben Sitzung abgeführt wurde, erwies den unverhüllten Eifer, mit allen Mitteln die Tschechisierungspolitik durchzuführen. Es wurden bis jetzt 1300 deutsche Volksschulklassen aufgelöst, während in derselben Zeit neben 669 tschechischen nur fünf deutsche Minderheitsschulen errichtet wurden. Die deutschen Abgeordneten verlangten, daß der erste Punkt der Tagesordnung, eben die Verstaatlichung dieser deutschen Privatbahn, von der Tagesordnung abgesetzt und auf die nächstjährige verschoben werde. Der deutschsozialistische Abgeordnete Jung blieb, trotzdem ihm in der Debatte das Wort entzogen worden war, vier Stunden auf der Rednertribüne sitzen. Als ihm ein tschechischer Abgeordneter, der als Ordner fungierte, zu nahe kam, scharten sich die Deutschen um Jung, um ihn zu schützen. Es entstand ein heiliger Wirbel. Kravatten, Krägen, Manschetten, Stühle, Tintenfässer flogen herum, Wasser wurde über die Köpfe der Streitenden ausgeschüttet. Abgeordneter Pelikan flog durch die Luft. Der hünenhafte Abgeordnete Mayer rang mit dem nicht schwächeren Tschechen Spacel. Von der Ministerbank flogen Sessel in den Saal. Der deutsche Abgeordnete Bodgman wurde in die Höhe gehoben und flog über den Stenographentisch in einem Salto hinter die Sessel der Ministerbank, wo er bewußtlos liegen blieb und aus dem Saale getragen werden mußte. Daß die wüttesten Beschimpfungen den Saal durchtobten, läßt sich denken. Die Parlamentswache beteiligte sich am Kampfe und setzte verschiedene Abgeordnete auf die Straße. Gegen das Ende der Sitzung wurde die Ruhe hergestellt und die Tschechisierungsvorlage der deutschen Bahn mit den Stimmen der Tschechen gegen die der slowakischen Volkspartei und der Deutschen, die gemeinsam den Saal verließen, angenommen.

Prügelzonen auch in der römischen Kammer.

Prag ist in diesen Tagen, was Parlamentsprügeleien anbelangt, nicht allein geblieben. Gelegentlich der Verhandlung des Voranschlages für die Kolonien kam es nämlich auch in der römischen Kammer zu heftigen Zusammenstößen zwischen Nationalisten und Sozialdemokraten. Allerdings bot dort nicht die Bedrückung nationaler Minderheiten in deren geschlossenem Sprachgebiete die Ursache, sondern die Forderung des sozialistischen Abgeordneten Medigliani nach Gleichberechtigung auch für die Schwarzen. Die dadurch ausgebrachten Nationalisten sprangen in die Bänke der Sozialisten und es begann eine furchtbare Prügelei, welche volle zwei Stunden dauerte. Schließlich bildeten sich auf beiden Seiten Sturmtruppen, die sich gegenseitig unbarmherzig zu Boden wiesen und mit Fäusten traten. Der Präsident unterbrach die Sitzung, aber beide Parteien setzten den Kampf bis zur Erschöpfung fort.

Aus Stadt und Land.

Jubiläum. Heute jährt sich zum erstenmale der Geburtstag der Vidovdan-Verfassung, deren Bestimmungen uns Deutschen gegenüber, wie wir leider feststellen müssen, bisher noch immer nicht zur Durchführung gelangten. Noch immer stehen jugoslawische Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit unter Staatsaufsicht, noch immer gibt es für uns keine Möglichkeit, die uns gewährleisteten politischen Rechte ausüben zu dürfen. Die Ausübung des Rechtes des freien Gebrauches unserer Sprache vor Gericht und den Behörden, das Recht des Unterrichtes unserer Kinder in der Muttersprache wird uns noch immer erschwert. Wenn wir den heutigen Gedenktag erwähnen, so geschieht es lediglich mit dem Wunsche, daß endlich einmal die Verfassung auch uns gegenüber verwirklicht werden möge.

Evangelische Gemeinde. Am Freitag, den 28. Juni, findet anlässlich des Staatsfeiertages um 10 Uhr vormittags in der evang. Christuskirche ein Festgottesdienst statt.

Sommerliedertafel. Wie wir bereits mitteilten, findet am 8. Juli die Sommerliedertafel des Gillier Männergesangvereines im Hotel Union statt. U. a. wird der herrliche Walzer "Wein, Weib und Gesang" von Johann Strauß vom gemischten Chor mit Orchesterbegleitung zur Aufführung gelangen. Die Saaltüren werden gegen die Terrasse geöffnet sein.

Alle ausübenden Mitglieder des C. M. G. V. werden hiermit dringend ersucht, die vorstehenden letzten Proben vollständig zu besuchen.

Unterstützungsaktion der Gebietsverwaltung. Die Gebietsverwaltung für Slowenien in Ljubljana, Abteilung für soziale Fürsorge, beabsichtigt, in Slowenien eine Unterstützungsaktion in dieser Weise durchzuführen, daß billigere Lebensmittel im Wege der Zentralgenossenschaft "Econom" in Ljubljana oder der "Bveza zadrug" in Celje zur Verteilung gelangen. Zu diesem Zwecke werden alle Personen, die wirklich arm und einer Unterstützung in Gestalt von Lebensmitteln zu ermäßigten Preisen bedürftig sind, aufgefordert, bis spätestens 10. Juli 1. J. beim Stadtmagistrat stempelfreie Besuche im Zuweisung von Lebensmitteln zu ermäßigten Preisen vorzulegen. Im Besuch sind anzuführen: 1. Beruf; 2. Zahl der Familienmitglieder; 3. monatliche, bzw. wöchentliche Einkünfte; 4. Art und Menge der gewünschten Lebensmittel.

In der Nova-Doba vom 22. Juni ist einer Zuschrift aus Konjice Raum gegeben worden, in der sich der Berichterstatter Mühe gibt, aus verschiedenen Dingen ein Bild der angeblichen deutschen Illoyalität zusammenzustellen. Es muß eine (slowenische) Gemeindeausschusssitzung herhalten, in der der Parteigänger der slowenischen Volkspartei, Vikar Mirt, mit seiner Klerikalen Stimmenmehrheit einen Antrag der "fortschrittlichen" Gemeinderäte zu Falle brachte. (Seit einiger Zeit beliebt man, der Zeitpunkt wäre nicht schwer anzugeben, statt "demokratisch" immer häufiger "fortschrittlich" zu schreiben.)

Besseres, deutsches Mädchen

das etwas nähen kann, sucht Stelle zu Kindern. Anträge unter „Kinderfrau“ 27998* an die Verwaltung d. Bl.

Zwei Lehrlinge

der slowenischen u. deutschen Sprache mächtig, werden aufgenommen bei Hugo Detitscheg, Gemischtwarenhandlung in Konjice. Kost u. Quartier im Hause.

Tausch oder Verkauf.

An der Bahnhofstrasse, nahe bei Slovenska Bistrica, sind 13 Joch Wiesen in ebener Lage gegen einen Besitz in Oesterreich zu vertauschen, eventuell auch zu verkaufen. Geeignet wären die Wiesen auch zur Errichtung von Industrien oder als Bauplätze zu verwenden. Zuschriften sind zu richten an die Verwaltung des Blattes. 27983

Milch

abzugeben und reinrassige Schäferhunde sind zu verkaufen. Medlog 14 (Forsthof).

Natürlich ist deshalb er und diese Mehrheit deutsch-tümlicher Klerikat. Wie praktisch ist es doch, bei solchen Gelegenheiten zwei Fliegen mit einem Schlag zu treffen. Was immer den "Fortschrittlichen" in den Dörfern und Märkten nicht in den Kram paßt, wer ist schuld daran — die Deutschen. Wer sind die Klerikalen? — Deutschtümmer natürlich! Wer sind die Republikaner Novačans? — Deutschtümmer! Es ist nur schade, daß nicht auch andere peinliche Affairen auf die Deutschen abgewälzt werden können. Wer die Beziehungen in den untersteirischen Landgemeinden wirklich kennt, weiß, daß in den Märkten und Dörfern beide Nationalitäten in Frieden leben. Dass es den Deutschen nicht einmal im Traume einfällt, die patriotischen Gefühle ihrer slowenischen Mitbürger auch nur im geringsten zu verlegen. Wer freilich mit den hellgelben Augen des Neides und Hasses schaut, wird sogar in einer slowenischen Gemeinderatssitzung, in einer Zirkusvorstellung, in der Beweisung einer Kaufmannsfrau, daß sie nicht Slowenisch schreiben könne, in dem deutschen Worte eines deutschen Kindes Staatsgefährlichkeit und Illoyalität erblicken. Wenn Illoyalität und Staatsfeindlichkeit schon bei jeder Gelegenheit vorgehalten werden müssen, den Deutschen braucht man sie wohl am allerwenigsten vorzuhalten. Man muß sie anderswo suchen. Das angeborene Anstreben der Behörden, die tiefe Unzufriedenheit, daß sie auf den Ruf irgendeines Dorfpolitikers nicht atmlos herbeilaufen und die friedlichen deutschen Bürger mit Stumpf und Stil aussrotten, ist das Ende eines jeden solchen Liedes. Die Behörden, die sich ihre Paragraphen nicht durch aufgebauzte Angebereien ersezten lassen können, haben bis jetzt keine Ursache gehabt, gegen die deutschen Bürger Sloweniens wegen Staatsfeindlichkeit aufzutreten. Wir geben ja zu, daß es bequem ist, die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit von anderen fiktiven Dingen ab und auf die Deutschen hinzulenken. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachten wir auch derartige Berichte. Aber mit Recht frägt man sich, warum gerade gegen die deutschen Bürger, denen Illoyalität niemals bewiesen werden kann, die Behörden aufgerufen werden. Warum wird oft mühsamstill geschwiegen, wenn Illoyalitätsäußerungen auf der slowenischen Seite vorkommen? Es mutet auf die Dauer komisch an, daß die Aufgebauten am kräftigsten immer durch das "Siti' schön, Herr Lehrer, der in der letzten Bank hat . . ." gestoppt werden müssen.

Mehrere Hausbesitzer wurden, wie uns mitgeteilt wird, nach den Feierlichkeiten gelegentlich der Vermählung des Königs auf das Polizeiamt geladen, wo ihnen Vorhaltungen gemacht wurden, weil sie ihre Häuser bei dieser Gelegenheit nicht besiegeln oder mangelsamt geschwärzt hätten.

"Freiheit." Die Brüder Simonig (aus Svetina ob Maribor) hatten vom Deutschen Schulverein und von der Südmark die frühere Mehnard'sche Verlassenschaft gepachtet, unter der Bedingung, daß sie deutscher Gesinnung bleiben. Obwohl die Sequesterbehörde diesen Besitz (der beiden Vereine) rechtsgültig an bewußte Slowenen verkauft

hat, weigern sich die beiden Deutschtümmer ausziehen und berufen sich auf ihren Vertrag mit dem Schulverein und der Südmark, welche Vereine sich sogar ersrecht haben, durch einen Anwalt gegen die neuen Besitzer die Klage einzureichen. In Beograd kümmert man sich natürlich um solche Kleinigkeiten nicht. — Dieser Bericht entstammt der Ljubljana Jugoslavija.

Spende der Kinder. Für das "Haus der Königin Maria", das bekanntlich zu Ehren der Vermählung des Königs in Ljubljana für arme Waisenkinder eröffnet werden soll, haben auf Anregung des Schulleiters die die slowenische Schule in Kočevje besuchenden Kinder, 350 an der Zahl, 722 Dinar 95 Para gesammelt, die 268 Kinder der deutschen Volksschule 968 Dinar 30 Para.

Die 5-Dinarnoten (jugoslawische Ausgabe) verlieren mit 1. Juli 1. J. ihre Gültigkeit. Bis zu diesem Tage können sie noch bei der Filiale der Nationalbank in Ljubljana, fernerhin nur noch in Beograd eingewechselt werden.

Pensionen der ehemaligen k. u. k. Offiziere. Wie aus Beograd gemeldet wird, ist im Kriegsministerium eine besondere Kommission daran, einen Gesetzentwurf über die Regelung der Ruhegebihrn von Offizieren der früheren österreichisch-ungarischen Armee, die ursprünglich in die jugoslawische Armee aufgenommen, dann wieder entlassen, ferner diejenigen, die nicht übernommen wurden, aber das Recht auf Ruhegebihrn besitzen, auszuarbeiten.

Sport.

Meisterschaftsspiel. Am vergangenen Sonntag sollte das vom Unterverband wieder angezeigte Meisterschaftsspiel Sportklub-Athletik ausgetragen werden. Beide Mannschaften waren zur festgesetzten Stunde am Sportplatz erschienen, da aber der für dieses Spiel ernannte Verbandschiedsrichter nicht kam, mußte die Austragung des Spiels unterbleiben.

Fußballwettspiele. Mittwoch, den 28., und Donnerstag, den 29. Juni, spielt gegen die hiesigen Athletiker der Athletiksportklub Maribor. Die Gäste stehen in der Meisterschaftstabelle von Maribor an dritter Stelle, unterlagen sowohl gegen Kapit, wie gegen Sportklub Maribor in den Meisterschaftsspielen ganz knapp, gegen den Sportklub Celje siegten sie 2 : 1 und sicherten sich am zweiten Tage ein unentschiedenes Spiel. Die beiden Spiele dürften sehr interessant werden, da beide Mannschaften gleich stark sind. Beginn an beiden Tagen um 6 Uhr. Am kommenden Sonntag spielt der Sportklub Čakovec in Celje.

Ein Hausschak für alle ist Apotheker Fellers wohlreichendes "Elsastivid", das beste Mittel für Einreibungen der Glieder und des Rückens, als Kosmetikum zur Pflege der Zähne, des Zahnschlisches, des Mundes, der Kopfhaut u. s. w. Stärker und besser als Franzbrantwein. 3 Doppelflaschen oder 1 Spezialflasche samt Packung und Porto um 72 R. versendet: Eugen B. Feller, Stubica donja, Elsaplatz Nr. 335, Kroatien.

In Dienst werden aufgenommen:

Kaffeekoch

oder Köchin, Kellner, Abwascherin, Wäscherin und Reiherin; nur erstklassige, gute Kräfte. Schriftliche Anbote mit Angabe des bisherigen Dienstes und Lohnanspruches an die Adresse: Hotel Slon, Ljubljana.

Suche baldmöglichst treues, tüchtiges,

Mädchen

das auch kochen kann und über Jahreszeugnisse verfügt. Gute Behandlung, hoher Lohn. Anzufragen bei Ivo Gorup, Jurjevska ulica 37, Zagreb.

Wein

Offeriere prima Vrsacer Gebirgsweine, Weißweine von 10 bis 11%, je nach Qualität, zum Preise von 11—13 K, Rotweine von 10 bis 11% 10—12 K per Liter, garantiert naturelle Produzentenweine. Besorge den kommissionsweisen Einkauf direkt vom Produzenten. **Karl Teiter**, Weinproduzent und Weinkommissionär, Vrsac, (Banat SHS), Wilsongasse 4. Telephon 146.

Zur Beachtung!

Beehre mich hiermit mitzuteilen, dass ich das

Visum für die Reisepässe

bestens von allen Konsulaten in Ljubljana u. Zagreb schon seit 3 Jahren besorge. Ich ersuche die geehrten Interessenten sich im weiteren Bedarfsfalle an mich zu wenden. Alle Aufträge werden sofort billigst besorgt. Für arme Leute und Invaliden gratis! Besorge auch für die Herren Kaufleute die Devisenbewilligung beider Narodnabankain Ljubljana. Reise jede Nacht um 1½ Uhr nach Ljubljana und jeden Donnerstag nach Zagreb.

E. Pitamic Celje, Aškerčeva ul. 5 neben Hotel Post.

Schreibmaschinen

alte und neue

tauscht und kauft

ANT. RUD. LEGAT, MARIBOR

Slovenska ulica 7

Telephon Nr. 100

Austro-Daimler

6 Zylinder, Puchwerke, Type XII, Type VIII, zu besichtigen beim Vertreter

August Stoinischegg
Rogaška Slatina.